

## Erklärung von Caracas

# ES GIBT KEINE KAPITALISTISCHE LÖSUNG DER GEGENWÄRTIGEN KAPITALISTISCHEN KRISE

*übersetzt von Jens-Torsten Bohlke, Brüssel*

**Caracas , 18. Oktober 2008, Tribuna Popular TP.-** 139 Intellektuelle, Künstler und politische Persönlichkeiten aus 65 Ländern aller Teile des Planeten versammelten sich in Caracas vom 13. bis 17. Oktober 2008 zum 8. Internationalen Treffen der Intellektuellen und Künstler zur Verteidigung der Menschheit und Generalversammlung des Weltforum für Alternativen. Ihre Schlussfolgerung heißt, dass „die gegenwärtige kapitalistische Krise keine kapitalistische Lösung haben kann. Denn dies würde bedeuten, die Kosten zu verlagern und neue Lasten den Ländern und Völkern des Südens und den verwundbarsten gesellschaftlichen Menschengruppen im Norden aufzuerlegen.“

Tribuna Popular TP veröffentlicht den gesamten Wortlaut des Dokuments „Erklärung von Caracas“, in welchem sich die Diskussionen widerspiegeln, die in 4 Diskussionsrunden erarbeitet worden sind. Dabei ging es um die gegenwärtigen Hauptprobleme der Menschheit zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

### ERKLÄRUNG VON CARACAS

Es gibt keine kapitalistische Lösung der gegenwärtigen kapitalistischen Krise.

1. Das Netzwerk der Intellektuellen und Künstler zur Verteidigung der Menschheit und des Weltforums für Alternativen in der Beratung in Caracas vom 13. bis 17. Oktober 2008 dankt dem Volk und der Regierung des Bolivarischen Venezuelas, dass sie uns ermöglichten, dieses erste gemeinsame Treffen durchzuführen.
2. Die gegenwärtige kapitalistische Krise kann keine kapitalistische Lösung haben. Denn dies würde bedeuten, die Kosten zu verlagern und neue Lasten den Ländern und Völkern des Südens und den verwundbarsten gesellschaftlichen Gruppen des Nordens aufzubürden. Daher weisen wir zurück, dass die Entscheidungen von denselben Leuten getroffen werden, die die Schuldigen der Krise sind, wie der G8, der G20 und ihrem Forum für Finanzstabilisierung, oder den multilateralen Organen, dem IWF, der Welthandelsorganisation WHO oder der Weltbank. Dringend erforderlich ist die Stärkung vorhandener Freiräume und Schaffung neuer Freiräume der Entscheidung mit Teilnahme und Mobilisierung der Regierungen, der zwischenstaatlichen Einrichtungen, der gesellschaftlichen Bewegungen und der Intellektuellen, um alternative Auswege einzuleiten, die darauf orientiert sind, eine neue Weltwirtschafts- und Weltfinanzordnung herzustellen.
3. Der Kapitalismus ist auch für die Umweltkrise verantwortlich, die das Überleben der Menschheit selbst gefährdet: Klimawechsel, Ernährungskrise, Energiekrise und Verknappung an Süßwasser.
4. Die Krise eröffnet Möglichkeiten für den Aufbau von Alternativen. Wir müssen das Scheitern der Verhandlungen von Doha nutzen, um neue Formen und Normen des Austausches zu erarbeiten. Diese neuen Formen müssen sich auf die Achtung der grundlegenden Menschenrechte, die Sicherstellung und Souveränität der Ernährung und die Solidarität zwischen den Völkern gründen.

Wir weisen die Zahlung der Auslandsschulden der Länder des Südens zurück. Die Souveränität über die Naturreichtümer ist wiederherzustellen und die Zahlung der Umweltschulden zu fordern.

5. Wir bringen unsere Solidarität und unser größtes Engagement für die neuen gesellschaftlichen und emanzipatorischen politischen Prozesse in Lateinamerika und in einigen anderen Ländern Afrikas und Asiens, z.B. Nepals, zum Ausdruck. Sie eröffnen neue und verheißungsvolle Perspektiven für den Aufbau einer besseren Welt.
6. Die vom boliviarischen Ideal inspirierte Venezolanische Revolution stellt einen Bezug auf Befreiung für die demokratischen und revolutionären Kräfte in der Welt dar. Wir drücken unsere Solidarität aus und weisen die Angriffe des Imperialismus und der Rechtskräfte gegen die Regierung und das Volk Venezuelas zurück. Wir äußern unsere Befriedigung über den von Präsident Evo Morales in der Volksabstimmung errungenen Sieg, ebenso für das ecuadorianische Volk bei der Annahme seiner neuen Verfassung. Wir sind überzeugt, dass diese Volksentscheidungen für die Linksregierungen sich demnächst bei den Wahlen fortsetzen werden, die in Venezuela stattfinden und im in Bolivien einberufenen Verfassungsreferendum.
7. Wir bekräftigen die wirksame Aktion des UNASUR (Union der Südamerikanischen Nationen) gegenüber den Putschbestrebungen in Bolivien. Dies zeigte die souveräne Fähigkeit der Länder der Region, selbstständig ihre Entscheidungen zu treffen.
8. Die Einmischungen des Imperialismus erfolgen weiterhin inmitten wachsender Kosten zu Lasten der Menschen in allen Kontinenten. Wir drücken unsere tiefe Unruhe über die zugespitzte gesellschaftliche und politische Krise aus, die Kolumbien durchmacht, besonders wegen der Unterdrückung der gesellschaftlichen, Arbeiter-, Bauern- und Indiobewegungen. Die Regierungshindernisse, die die Fortschritte im Friedensprozess sabotierten. Und die Aggressionen der paramilitärischen Strategie des kolumbianischen Staates im engen Bündnis mit der Bush-Regierung gegen die Länder der Region.
9. Die Reaktivierung der 4. Flotte der Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten zeigt die Aggressivität, mit welcher dieses Land die emanzipatorischen Prozesse in diesem Teil der Welt stoppen will. Das Beharren auf der nordamerikanischen Blockade gegen Kuba ist ein weiteres Zeichen der imperialen Perversität. Und gleichzeitig zeigt dies das Scheitern ihrer Politik gegen ein Volk, welches an diesem 1. Januar 2009 den 50. Jahrestag einer Revolution begehen wird, die ein Beispiel der Menschenwürde ist. Wir drücken unsere Solidarität angesichts der von den Hurrikanen hervorgerufenen Verwüstungen der Insel aus.
10. Wir verurteilen die vom Staat Israel ausgeübte Gewalt gegenüber dem palästinensischen Volk, die sich in einem Prozess außerordentlich gesteigert hat, der keine Grenze zu haben scheint. Und wir unterstützen die internationale Kampagne des Boykotts der verbrecherischen Politik des Staates Israel.
11. In Afghanistan und Irak, zwei vom Imperialismus zerstörten Völkern, geht der Angriffskrieg der Vereinigten Staaten und der NATO weiter, bringt Tod und Zerstörung in seinem Verlauf. Wir fordern den unverzüglichen Abzug aller ausländischen Truppen. Wir verurteilen die Drohungen mit Aggression seitens des Imperialismus gegen Iran.

12. In Afrika sind viele Völker Opfer der Konflikte fremder Interessen, die ihr Überleben gefährden. Sie erleiden das Agieren der transnationalen Konzerne, die am Ausplündern ihrer Naturreichtümer interessiert sind, wie im Fall der Demokratischen Republik Kongo und Nigerias, oder ausländischer Mächte wie im Falle Somalias. Wir unterstützen die afrikanischen Regierungen beim Zurückweisen der Präsenz des Afrika-Kommandos (Africom) der nordamerikanischen Seestreitkräfte und der Schaffung des Vertragswerkes mit der Europäischen Union.
13. Gegenüber der Barbarei der aufgezeigten Situationen bekräftigen wir unsere Überzeugung, dass der Sozialismus die einzige Alternative ist, um die wirtschaftlichen, sozialen, politischen, kulturellen, Umwelt- und zivilisatorischen Probleme der Menschheit zu lösen. Sein Aufbau wird das Ergebnis des Zusammenhaltens und der Mobilisierung der Arbeiter, Bauern, Indios, Frauen, gesellschaftlichen und Umweltbewegungen und der anderen Gruppen sein, die die Ungerechtigkeit herausfordern, um die Hoffnung der Völker Realität werden zu lassen, dass eine andere Welt möglich ist.

Caracas, 17. Oktober 2008

Quelle: Tribuna Popular in <http://www.pcv-venezuela.org/i>